

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1927

29.3.1927 (No. 74)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
straße Nr. 14
Verantwortlicher:
Nr. 953
und 954
Postfachkonto
Karlsruhe
Nr. 3515

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. Menz,
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— RM. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pf. — Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabatt, der als Klassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung, und Kontroversverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Interent keine Ansprüche, und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur bis 25. auf Monatsfrist erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wochenschriften, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit

„Zusammenstöße, die sich in letzter Zeit zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten in Berlin und dem Rheinland ereignet haben, Vorkommnisse ähnlicher Art in Mannheim, sowie Drohungen mit Gewalttaten, die auch in Baden öffentlich ausgesprochen wurden, haben den Minister des Innern veranlaßt, erneut auf die Verfügung vom 6. Juli 1925 über Waffentragen durch Angehörige politischer Verbände hinzuweisen. Polizei und Gendarmerie sind angewiesen, alle Umzüge rechts- und linksradikaler Verbände, die jetzt, vielfach auch auf den Landorten, zu ihren Versammlungen in geschlossener Formation anrücken, gleichviel ob zu Fuß, oder mit Kraftwagen, auf Waffen, insbesondere auch auf schwere Gewehr- und Stohwaffen zu durchsuchen. Ungehörigem Benehmen derartiger Trupps der Bevölkerung gegenüber wird durch die Polizeiorgane energisch entgegengetreten werden.“

Der Entwurf des Arbeitszeitgesetzes

Die zwischen den Regierungsparteien vereinbarte und vom Reichskabinett gutgeheißene neue Fassung des Arbeitszeitgesetzes sieht u. a. vor:

Der Lohn- und Gehaltszuschlag für die Mehrarbeit soll nicht mehr, wie im früheren Entwurf vorgesehen war, nur bei behördlich genehmigter Mehrarbeit gewährt werden, sondern bei jeder Mehrarbeit, vor allem auch der tarifvertraglich vereinbarten Mehrarbeit. Ausnahmen sollen lediglich bestehen für die Fälle der Arbeitsbereitschaft, für die Ergänzungsarbeiten und für Arbeiten in Notfällen und infolge von Naturereignissen und sonstigen unvermeidlichen Störungen. Der Preis der Arbeitnehmer, denen der Zuschlag zugute kommen soll, ist erheblich über den früheren Entwurf hinaus ausgedehnt, insofern, als der Zuschlag nun auch den Angestellten gewährt werden soll. Dabei ist der Begriff der Angestellten ebenso abgegrenzt, wie im sonstigen Bereich der Arbeitszeitverordnung, so daß also lediglich Angestellte in leitender Stellung und solche mit einem Jahresgehalt von mehr als 6000 Mark ausgenommen sein werden. Die Vergütung soll grundsätzlich einen Lohnzuschlag von 25 v. H. betragen.

Das Präsidium des Reichsverbandes der deutschen Industrie hat sich, wie es mitteilt, mit dem Arbeitszeitgesetz, mit der Erhöhung der Beiträge zur Invalidenversicherung, sowie mit der in der letzten Zeit jutage getretenen auf Lohnerhöhung hingelenden Praxis der Vorständen des Schlichtungsausschusses beschäftigt. Das Präsidium war der Meinung, daß die zu erwartende Entwicklung der wirtschaftspolitischen Lage nur mit größter Sorge betrachtet werden könne, die in dem Antrag der Regierungsparteien zu dem Arbeitszeitgesetz festgelegten Bestimmungen bedeuteten eine Verschärfung der Schematisierung der Entlohnung, die untragbar sei.

Die Frage der Untersuchungskommission für Jugoslawien

Die Ernennung einer internationalen Kommission zur Untersuchung der italienischen Beschuldigungen wegen jugoslawischer militärischer Vorbereitungen ist, wie aus London gemeldet wird, noch immer in der Schwebe. Ursprünglich war eine aus britischen, französischen und deutschen Offizieren bestehende Kommission mit italienischen und jugoslawischen Beobachtern vorgeschlagen worden. Wenn Ansehen nach Wünsche aber jetzt niemand besonders dringend eine solche Untersuchung, und niemand glaube, daß sie bei der eingetretenen Verspätung einen praktischen Zweck haben würde. Es sei angeregt worden, daß Rom und Belgrad sich bemühen sollten durch direkte Verhandlungen zu einer Vereinbarung zu kommen.

Der zweite Prozeß wegen Verleumdung Dr. Stresemanns. Vor dem Schöffengericht Plauen begann am Montag die 2. Verhandlung in dem Prozeß gegen den Rechtsanwalt Dr. O. Müller in Plauen wegen Verleumdung des Reichsaussenministers Dr. Stresemann. Im November v. J. hatte die erste Verhandlung stattgefunden. Diese wurde nach vierstündiger Dauer vertagt, da der Angeklagte Dr. Müller weitgehende Beweisanträge gestellt hatte. Reichsminister Dr. Stresemann hat sich der Klage als Nebenkläger angeschlossen.

Die erste Reise der „Newport“. Anlässlich der Ausreise des Dampfers „Newport“ gab die Hamburg-Amerika-Linie in Hamburg an Bord ein Diner, bei dem u. a. Oberbürgermeister Dr. Petersen, sowie der amerikanische Volschaffter in Berlin, Schumann, anwesend waren. Generaldirektor Dr. Cuno und Volschaffter Schumann wechselten herzliche Ansprachen, in denen sie insbesondere auf die guten Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland abhoben.

Wegen die deutschen Mehrheiten in den oberösterreichischen Stadtparlamenten. Bei einer großen Versammlung der Korfanthpartei in Skatowitz machte, wie die Wälder mitteilen, der polnische Abgeordnete Janisch Mitteilung von einem Geset, das in allerhöchster Zeit in schließlichen Sejm eingebracht werden soll, und dessen Annahme sicher sei. Dieses Gesetz soll den schließlichen Wolschaffern zur Auflösung derjenigen Stadterwaltungen ermächtigen, deren Mitglieder ein Verhalten zeigen, das mit der Staatsbürgerpflicht unvereinbar sei. Das Gesetz richtet sich gegen die als Ergebnis der letzten Kommunalwahlen in den Städten Oberösterreichs gewählte deutsche Mehrheit in den Stadtparlamenten.

Neue Technik der Verbrechensbekämpfung

Von Ministerialrat Dr. Bork, Karlsruhe i. B.

Die Polizeitechnik hat gerade in den letzten Jahren nicht nur in Deutschland, sondern überall in der Kulturwelt große Fortschritte gemacht. Viele dieser technischen Neuerungen haben auch die Öffentlichkeit beschäftigt. Ich erinnere an die drahtlose Fernschreibung, die ja nicht nur den Zwecken der Verbrechensbekämpfung nutzbar gemacht werden soll, an die Analyse-Quarzlampe, die ebenfalls nicht ausschließlich polizeilichen Zwecken dient, an das Dyalis-Reproduktionsverfahren und a. m. So leben wir zweifellos in einer Zeit aufstrebender Polizeiwissenschaft und Polizeitechnik, und wir von der Polizei könnten uns eigentlich darüber freuen, wenn nicht die Gründe für diese Erscheinung, vom allgemeinen sittlichen Standpunkt aus betrachtet, recht bedauerliche wären, und wir uns nicht sagen müßten, daß diese Entwicklung uns geradezu ausgedrückt worden ist.

Die Ziffern der Reichskriminalistik für das Jahr 1926 mit 823 002 Verurteilungen für Verbrechen und Vergehen waren Rekordziffern. Das Jahr 1923 war das Jahr der höchsten Kriminalität in der deutschen Geschichte überhaupt. Es war allerdings auch das Jahr der Ruhebesetzung und der höchsten wirtschaftlichen Not. Inzwischen ist die Kriminalitätsziffer wieder gefallen. Genügend Zeitschriften, insbesondere Polizeistatistiken einzelner größerer Orte, wie sie auf der Berliner Polizeiausstellung gezeigt worden sind, lassen indes deutlich erkennen, daß die Delikte mit besonders qualifiziertem Verbrechenswillen, also Betrug, Unterschlagung und die häufig damit verbundene Urkundenfälschung nicht entsprechend abgenommen haben, sondern eher noch im Zunehmen begriffen sind. Es ist also wohl tatsächlich so, wie der Leiter der belgischen Kriminalpolizei, Herr A. Keffers-Briffel, auf dem Berliner Internationalen Polizeikongreß 1926 ausführte: „Der internationale Verursacher verfügt heute über mehr Schulbildung und gesellschaftlichen Schick als früher, weil er sich heute vielfach aus anderen sozialen Kreisen rekrutiert; er stellt die Bilanz auf zwischen dem im Zeitalter der Technik und des Verkehrs ihm zur Verfügung stehenden Mitteln und denen der Polizei, und siehe da, er berechnet für sich gegenüber den Abwehrmitteln der Polizei ein Plus.“

Dieser Einstellung entspricht das Bestreben der Polizeien aller Welt, sich technisch besser auszurüsten, und zwar sowohl im uniformierten wie im nichtuniformierten Dienst, nicht nur aus Gründen der Abwehrtechnik, sondern auch aus Gründen der Wirtschaftlichkeit. Soll doch in den Vereinigten Staaten heute schon die Zahl der tödlichen Verkehrsunfälle die der Kapitalverbrechen übersteigen. Nicht überall aber kann schließlich ein Verkehrtumsfalle aufgestellt werden. Daher das gemeinsame Bestreben von Straßenschaufelern und Polizeileitern, den Straßenverkehr technisch zu erleichtern, mechanische Verkehrszeichen, den „stummen Schuttmann“ aufzustellen. Aus Gründen der Abwehrtechnik wie der Wirtschaftlichkeit erfolgte die Einrichtung des Polizeiotofus in den Städten, die mechanische Verbindung der einzelnen Reviere mit der Zentrale, die Einführung von Fernbrüdern und Fernatanten usw., kurz die Einschaltung des technischen Betriebs in den Dienst der Polizei. Die Polizeizentralen nähern sich damit technischen Anlagen.

Und wie steht es beim nichtuniformierten Dienst? Arbeitet man hier einfach mit der Vermehrung der Zahl der Beamten? Nein, ein wichtiges Hilfsmittel ist auch hier der technische Dienst, insbesondere der sog. Erkennungsdienst, der immer größere Bedeutung gewinnt. Zwei Richtungen des technischen Fortschritts sind hier deutlich zu erkennen: Zum ersten übersteigt die technische Organisation des Erkennungsdienstes unter möglicher Ausschaltung von Kraft und Zeit bindender Zwischenstellen die Grenze und sucht die Verbindung mit der technischen Zentrale des Nachbarlandes. Noch bevor die ehemals kriegsführenden und neutralen Staaten sich politisch verständigten, richteten sich so die Polizeibeamten auf dem Wiener Internationalen Polizeikongreß 1923 wieder die Hand. Sie mußten das einfach tun, wollten sie nicht im Kampfe gegen das internationale Verbrechertum unterliegen. Es entstand die Internationale Kriminalpolizeiliche Kommission mit dem Sitz in Wien, die International police Conference in New York, und es sind zweifellos schon Bestrebungen vorhanden, weitere derartige Zentralstellen für Afrika, Asien und Australien zu schaffen. In Deutschland kam es f. Z. nicht zur Durchführung des Reichskriminalpolizeigesetzes, aber auch hier fanden sich in der Deutschen Kriminalpolizeilichen Kommission, die anfänglich der Karlsruher Polizeiausstellung 1925 gegründet wurde, die Polizeien der deutschen Länder zu sachlicher Arbeit zusammen. Diese Kommissionen sind schließlich nichts anderes als polizeiliche Abwehrlinien, horizontale Zusammenfassungen der Polizeiwirtschaft, die vielleicht einmal ihre Spitze beim Völkerverbund finden können. Die Internationale Kriminalpolizeiliche Kommission ist ja heute schon beim Völkerverbund registriert. Gleichzeitig ist aber auch ein zweites Bestreben der Polizeiorganisation zu beobachten, das bei Wirtschaftszentren regelmäßig eintritt, die Angleichung an die Technik und ihre Ausdehnung. Die vielseitigen Bestrebungen nach Steigerung technischer Leistungsfähigkeit hat der Leiter des sächsischen Landes kriminalamtes, zugleich Präsident der Deutschen Kriminalpolizeilichen Kommission, Herr Dr. Kallitsch-Dresden, kürzlich in M. B. als erster in seinem Vortrage „Die Bekämpfung des internationalen Verbrechertums“ (Hamburg 1926) näher dargelegt. Im Rahmen dieser Ausführungen kann jedoch nur ein einzelnes hervorgehoben werden.

Zunächst etwas Negatives, also wenn man so will, eine Stilllegung durch den „Polizeikongreß“. Der schon erwähnte

Wiener Internationale Polizeikongreß kam zu dem Beschlusse, die Anwendung der Hypnose zum Zweck der Erforschung krimineller Tatbestände als unzulässig zu erklären. An diesem Beschlusse werden die Kriminaltopathen und hellseherischen Medien wenig Freude gehabt haben. Leider haben sie nicht mit einem Streik geantwortet. Ich glaube aber doch, daß die Praxis überall, wenn auch nach einigen Schwankten, sich diesem Beschlusse fügen wird. Viel Geld würde damit gespart sein. Die gleiche negative Stellungnahme ist m. E. einzunehmen gegenüber den sog. psychotechnischen Registrierverfahren zwecks Überführung Angekluldigter, die z. B. vielfach, insbesondere in Amerika, ertört werden. Eigentlich spielen sie nur eine gewisse Rolle in Kriminalnovellen und -geschichten. Meisterwerke auf diesem Literaturgebiet scheinen bisher auch noch nicht geschrieben worden zu sein.

Für den polizeilichen Erkennungsdienst steht heute immer noch die Daktyskopie an erster Stelle. Die Geschichte der Daktyskopie im Dienste der Polizei, ist wenigstens in Europa, noch verhältnismäßig jung. Erst im Jahre 1901 wurde in England an Stelle des Bertillon'schen Meßverfahrens die Daktyskopie eingeführt, und sie begann ihren Siegeszug durch die europäischen Polizeien. Die Registrierung der Fingerabdrücke erfolgt regelmäßig nach dem Fingerringabdruckbogen in verschiedenen Varianten, wobei erwägt sei, daß die vorgenannten internationalen Polizeiorganisationen bestrebt sind, das Registrieren in der Welt zu vereinheitlichen, also das technisch Beste ausfindig zu machen. Große praktische Fortschritte sind auf dem Gebiet der daktyskopischen Erkennungsdiensies gerade in letzter Zeit erzielt worden, namentlich durch die systematische Anlage von Einzelfinger- und Handballenarten, die insbesondere der Bekämpfung von Einbrechern dienen, und sodann durch die internationale Verwertung des Fingerringarten. Fernidentifizierungsverfahrens. Die Mono-Daktyskopie sucht die einzelnen Fingerabdrücke formelmäßig festzustellen und so zu registrieren, daß der einzelne am Tatort gefundene Fingerabdruck (Handballenabdruck) zur Visitenkarte des Täters wird. Gätte der Pariser Erkennungsdiensies zur Zeit des Diebstahls der Mona Lisa über eine entsprechende Einzelfingerarte verfügt, so wäre wohl mit viel geringerem Zeit- und Geldeaufwand der Dieb ermittelt worden. Das Fingerringarten-Verfahren des Verwehrens in eine Kennziffer zusammen, so daß nach einem Register und ohne daß die Fingerabdrücke sofort verglichen zu werden brauchen, gegebenenfalls telegraphisch, die Feststellung der Person erfolgen kann. Auf die technischen Einzelheiten beider Verfahren kann ich hier nicht näher eingehen. Erwähnt sei noch, daß Fälle von Gleichheit von Fingerabdrücken, etwa bei Zwillingen, die hier und da in der Presse Erörterung fanden, bei technischer Nachprüfung niemals ihre Verächtigung fanden. Immer konnten auch bei Gleichheit und Ähnlichkeit der Muster zahlreiche Unterschiede (Minutien) festgestellt werden.

Nicht geringere Bedeutung besitzt die Polizeiphotographie. Wohl alle größeren Polizeierkennungsdiensies sind heute mit photographischen Einrichtungen ausgerüstet. Die Polizeiphotographie wird benutzt zur Personen- und Tatortaufnahme, aber auch zur Photographie von Spuren und Verbrechensgegenständen. Zwei technische Fortschritte, die uns vorwärts brachten, sind besonders zu erwähnen: die maßgerechte Tatortaufnahme und die Verwendung ultravioletter Strahlen in der Polizeiphotographie. Die maßgerechte Tatortaufnahme kann von ausschlaggebendem Wert werden, ohne daß man es vorher ahnt, vielleicht erst im Laufe der Voruntersuchung oder der gerichtlichen Hauptverhandlung. Das photographische Auge ist genau, aber die perspektive Verzerrung bei der Aufnahme kann das Auge des Beschauers täuschen. Es kommt dann für die Einzelheiten des Tatorts auf die genaue Berechnung u. U. von Kentimetern an. Verschiedene Hilfsmittel sind zur nachträglichen Berechnung der Flächenabstände vorgeschlagen worden, so ein Verfahren von Heindl, das namentlich in Holland Verwertung fand. Nach Darstellungen auf der Berliner Polizeiausstellung 1926 scheint mir das Problem einer photographischen Aufnahme nun mehr der Lösung näher gebracht worden zu sein durch die sog. Eichberg-Kamera, bei der vor der photographischen Negativplatte eine Kristallplatte eingebaut worden ist. Die photographische Aufnahme erfolgt durch diese Kristallplatte hindurch. Die Verwendung der ultravioletten Strahlen in der Polizeiphotographie fußt auf der verschiedenen Fluoreszenz gewisser Gegenstände im ultravioletten Licht. Hier haben die Untersuchungen des Karlsruher Radiumphysikers, Prof. Dr. Kögel, bahnbrechend gewirkt. Das Hauptanwendungsgebiet für die ultravioletten Strahlenphotographien sind insbesondere Urkundenfälschungen. Die erstmalig auf der Karlsruher Ausstellung gezeigte Analyse-Quarzlampe hat die Anwendung der verschiedenen Fluoreszenzen gewisser Stoffe, wie Tinte, Blut, Sperma, im ultravioletten Licht der Praxis weiter näher gebracht, obwohl, wie ich ausdrücklich bemerken möchte, hier wie in ähnlichen Fällen physikalischer und chemischer Fernuntersuchung auch jetzt noch das Urteil des sachlichen Sachverständigen in einzelnen Fällen nicht entbehrt werden kann. Wir befinden uns hier gewissermaßen an der technischen Grenze des allgemeinen polizeilichen Erkennungsdiensies. Deshalb steht auch beispielsweise in Karlsruhe, das Landespolizeiamt mit maßgebenden Professoren der Technischen Hochschule in Verbindung. Auf Mikro-Photographie, photographische Aufnahmeaddition, Punktphotographie usw. im Dienste des polizeilichen Erkennungsdiensies kann hier nicht näher eingegangen werden. Daß derartige verbesserte technische Möglichkeiten gleichzeitig im hohen Grade dazu angetan sind, Geld und Kraft der Polizei bei ihrer Fahndungs- und Ermittlungstätigkeit zu sparen, bedarf wohl keiner näheren Begründung.

Ein drittes polizeitechnisches Mittel das sich in letzter Zeit m. E. für den polizeil. Dienst gleich bedeutsam neben Daktyskopie und Photographie stellt, ist der Polizeifunkverkehr. Trotz gewisser Bindungen, die sich gerade für Deutschland dem

Polizeifunkverkehr entgegengestellt haben, sind in neuester Zeit erfreuliche Fortschritte festzustellen. Heute schon muß der Polizeifunkverkehr — schneller als das schnellste Flugzeug — für die Verbrechensbekämpfung als nahezu unentbehrlich bezeichnet werden. Deshalb hat auch der Internationale Polizeifongress in Berlin den Wunsch ausgesprochen, es möchten die Polizeidienststellen in weiterem Umfang mit Sende- und Empfangsgeräten ausgestattet werden. Neben der Hauptfunkstelle Berlin und den Funkleitstellen in den Hauptstädten der Länder bzw. den Hauptorten der Provinzen verfügt Deutschland heute schon über 70 Polizeifunkstellen. Auch das Grenzland Baden ist kürzlich an das deutsche Polizeifunknetz angeschlossen worden. Der Polizeifunkverkehr ist zunächst wohl noch überall ein telegraphischer, obwohl technisch das Problem der Polizeifunktelephonie, wie der Bild- (Fingerabdruck-) Übertragung bereits gelöst ist. Auch der sog. Rundfunkverkehr ist heute schon vielfach für polizeiliche Zwecke bei Fahndungen benutzt worden. In diesem Zusammenhang ist besonders zu erwähnen die kürzliche Einführung eines internationalen Polizeitelergraphencodes (Policodes), der von der Internationalen Kriminalpolizeilichen Kommission ausgearbeitet und bei der größeren Erkennungsstellen in der Einführung begriffen ist. Der auf dem Drei-Buchstaben-System aufgebaute Code gestattet eine Übersetzung in allen Sprachen der Welt. Mit seiner Einführung heißt also die Polizei ein ähnlich rasches und geldersparendes Verständigungsmittel, wie es die Birtzchaft in den kaufmännischen Codes schon lange hat.

In diesen einzelnen Beispielen auf dem Gebiet der Datylislopie, der Photographie und des polizeilichen Funkverkehrs glaube ich gezeigt zu haben, wie die Polizeittechnik überall vorwärts schreitet. Möchte einst die Zeit kommen, wo die Notwendigkeit auf derartige Einzelvorstöße verzichten kann. Vorläufig aber, glaube ich, daß wir von der Polizei uns noch darauf einstellen müssen, daß wir das Gute im Kampfe gegen das Böse auch technisch unterstützen müssen. Schon vor Jahren hat der bekannte Kriminalpsychologe, Professor Dr. H. Schaffenburg, Köln, geäußert: „Zur Prophylaxe des Verbrechens gehört auch die Ausbildung der Polizei“. Dieser Satz gilt im weitesten Umfange auch heute noch, und vielleicht heute mehr noch als je, er gilt insbesondere auch für die Polizeittechnik, auf deren Gebiet vielfach die Erfahrungen der Praxis und der Praktiker die brauchbaren Methoden ausgearbeitet haben.

Aus den Reichstagsausschüssen

Der Haushaltsausschuß

Legte am Montag die allgemeine Aussprache über den Etat der allgemeinen Finanzverwaltung fort.

Der Abg. Dr. Giffert (Soz.) äußerte sich dann über die Aufhebung der letzten Anleihe. Die Aussprache über diesen Gegenstand wurde für vertraulich erklärt.

Abg. Dr. Fischer-Röll (Dem.) begrüßte grundsätzlich die in der Rede des Reichsfinanzministers sehr vertretenen Gedankenengänge. Sie stünden im Gegensatz zur Staatsrede des Reichsfinanzministers, wo er erklärt habe, daß irgendwelche Reserven nicht vorhanden seien. Zu dem von Reinhold hinterlassenen Etat trete eine Reserve von mindestens 680 Millionen Höhe. Der Redner beantragte die Streichung der Erhöhung der Biersteuerentschädigung für die süddeutschen Länder und die Streichung von 10 Proz. am Reichswehretat, mit deren Hilfe die Einkommens-, Körperschafts- und Zuersteuer gesenkt werden könnten. Kaufschaliere das Reich fern der Überweisungen an die Länder und Gemeinden auf 2400 Millionen, so ständen für Steuerentlastungen insgesamt 800 Millionen zur Verfügung.

Reichsfinanzminister Dr. Gehler weist die Auffassung zurück, daß seine Darlegungen im Haushaltsausschuß in Widerspruch zu seinen Ausführungen in der Staatsrede stehen. Auch damals habe ich schon angekündigt, daß wir an den Einnahmen für 1926 einen Überschuß zu erwarten hätten. Es trifft ferner nicht zu, daß ich damals eine Erhöhung der Einnahmen für 1927 nicht für möglich gehalten hätte. Ich habe vielmehr zum Ausdruck gebracht, daß die Hoffnung auf ein erhöhtes Aufkommen eine gewisse Berechtigung habe. Bei Eingehung der Steuerentlastungen wird natürlich in jeder Beziehung schonend auf die wirtschaftlichen Verhältnisse Rücksicht genommen werden. Sichtlich der Reserve des Betriebsfonds muß ich feststellen, daß ganz ohne ihn nicht auszukommen ist. Nachdem wir angefangen haben, Mittel des Betriebsfonds einzusetzen, werden wir bald gezwungen sein, kurzfristiges Geld aufzunehmen. Sie können bestimmt damit rechnen, daß die Finanzwirtschaft des Reiches offen und klar geführt wird. Bei den Abstrichen, bei den für soziale Zwecke vorgesehenen Mitteln muß ich darauf hinweisen, daß diese Abstriche gemacht sind, um gerade andere soziale Zwecke zu erfüllen, so die Erhöhung der Invalidenversicherung, die Unterstützung der Kleinrentner usw. Diese Abstriche sind auch deshalb gemacht worden, weil sie verdeckte Subventionen darstellen. Im Interesse der Klarheit des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern müssen diese verdeckten Subventionen beseitigt werden. — Zu den Ausführungen des Abg. Dr. Fischer zum Finanzausgleich möchte ich betonen, daß man wohl einmal zu einem Wegfall der Garantie kommen kann, aber bei einem vorläufigen Finanzausgleich kann man zur Zeit wohl nicht so vorgehen. Die Steuerentlastung hat 1926 gut gewirkt. Diese Senkung war aber nur möglich, weil hierfür Steuerüberschüsse zur Verfügung standen.

Einbringung eines Etatnotgesetzes. Da es nicht möglich ist, den Reichshaushaltsplan für 1927 rechtzeitig zu dem verfassungsmäßigen Termin (31. März) zu verabschieden, ist von sämtlichen Parteien des Reichstages mit Ausnahme der Kommunisten, ein Gesetzentwurf über die vorläufige Regelung für 1927 eingebracht worden.

Die Ablösung öffentlicher Anleihen. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine adre Verordnung des Reichsministers der Finanzen zur Ausführung des Gesetzes über die Ablösung öffentlicher Anleihen, wonach die Frist für die Anträge auf Ablösung von Anleiheleihebeträgen bis zum 30. April verlängert wird.

Keine Subvention für die Mologa und die Ufa? Das Reichskabinett hat sich am Montag mit der Frage der Subventionierung der Mologa und der Ufa beschäftigt. Wie die „Germania“ dazu erfahren haben will, dürfte sich die Entscheidung des Reichskabinetts in der Richtung bewegt haben, daß sowohl der Kredit für die Ufa als auch für die Mologa abgelehnt werden wird.

Ein Dementi des Reichsjustizministeriums. Gegenüber einer Meldung eines Berliner Montagblattes teilt das Reichsjustizministerium mit, daß von der Vorbereitung eines aus Anlaß des 80. Geburtstages des Reichspräsidenten zu erlassenden Amnestiegesetzes nichts bekannt ist.

Die deutsche Beethovenfeier in Bonn. Das Ehrenprotokoll der am 21.-26. Mai in Bonn stattfindenden offiziellen deutschen Beethovenfeier hat nunmehr außer dem Reichspräsidenten von Hindenburg auch der österreichische Bundespräsident Poinisch übernommen.

Deutscher Reichstag

B. B. Berlin, 28. März.

Auf der Tagesordnung steht

die zweite Lesung des Wehretats.

Abg. Stücken (Soz.) erstattet den Ausschußbericht: Die Gesamtsumme für Heer und Marine beträgt in diesem Jahre 998 Millionen. Sie soll aber in den nächsten Jahren noch steigen (Hört, hört! links). Von Sparjamkeit merke man in diesem Etat wenig. Den Staatssekretär hält der Wehrminister selbst für entbehrlich. Der Berichterstatter schildert die Nachteile eines Berufsheeres. Finanziell sei es auf die Dauer untragbar. Offenbar habe die Entente dieses Heer auch von vornherein unbrauchbar machen wollen. Die Zahl der Garnisonen sei zu groß. Bei der Einstellung von Ersatz werde bemängelt, daß den Komagnieführern infolge ihrer nahen Verbindung mit den früheren Regimentsverleuten Angehörige dieser Organisationen bevorzugen. Der Ausschuß sei zu der Überzeugung gekommen, daß die Republik sich auf die Reichswehr verlassen könne. Bemängelt sei im Ausschuß die große Zahl der abtügen Offiziere bei der Kavallerie. Der Redner bedauert, auf die politische Seite der russischen Munitionslieferungen nicht eingegangen zu können, weil die Regierungsmittelungen im Auswärtigen Ausschuß vertraulich waren. Es stehe aber fest, daß die Bezahung der russischen Granaten aus einem früheren Etat regulär erfolgt sei.

Die Kommunisten haben gegen Reichswehrminister Dr. Gehler einen Mißtrauensantrag eingebracht.

Abg. Schöpsin (Soz.) führt aus: Mit den gewagtesten Annahmen versucht man, den Etat zu balancieren. Aber für Heer und Marine ist Geld in Fülle und Fülle da. Dieser Etat steht in tristem Mißverhältnis zu den kulturellen und sozialen Ausgaben. 60-70 Millionen kann man an diesem Etat mit Leichtgläubigkeit sparen. Wir drängen immer wieder auf eine internationale Abrüstung. (Zuruf rechts: „Sagen Sie das erst einmal Ihrem Freund Boncour!“) Ist die Reichswehr auch keine Gefahr nach außen, so kann sie doch gefährlich für die Innenpolitik werden (Zuruf rechts: Sagen Sie das auch der Liga für Menschenrechte). Ich persönlich billige keineswegs die Art, wie die Liga gegen unsere Wehrmacht auftritt (Zuruf rechts). Wir verlangen völlige Lösung der Reichswehr von rechtsradikalen Verbänden. Zu Dr. Gehler haben wir nicht das Vertrauen, daß er die Reichswehr zu einem zuverlässigen Instrument der Republik macht. Deshalb haben wir ein Mißtrauensvotum gegen ihn eingebracht.

Abg. Graf v. d. Schulenburg (Dnt.) erklärte: Wir sind überzeugt, daß im Wehretat nur das angefordert worden ist, was für die Landesverteidigung dringend geboten war. Ganz Frankreich stellt sich in den Dienst der Landesverteidigung. Nur von Deutschlands Sicherheit darf niemals die Rede sein. Durch die Macht der Verhältnisse können wir gegen unseren Willen zum Einsatz der Reichswehr gezwungen sein. Aber gerade weil dem so ist, haben wir alle Veranlassung, wenigstens unter 100 000 Mann-Heer auf die höchste Stufe der Leistungskraft zu bringen. Reichswehrminister Roste hatte recht, wenn er im Winter 1918 es vorzog, sich auf diejenigen zu stützen, die ehlich an ihrer monarchistischen Auffassung festhielten, sich aber zur Stützung und zur Rettung von Staat und Volk zur Verfügung stellten. Die Pflege der glänzenden Erinnerungen ist das zweite Ich jedes deutschen Soldaten. Die Hohheitszeichen des neuen Staates und seine Farben sollen von der Wehrmacht geachtet werden.

Abg. Erling (Ztr.) führt aus: Die Reichswehr ist ein Instrument der vom Parlament und der Regierung gebilligten Politik. Wer der Republik nicht dienen will, scheidet aus der Reichswehr aus. Deutschland hat abergründet und ist gar nicht in der Lage Angriffsstöße zu führen. Der Redner verweist in diesem Zusammenhang auf die Feststellung der Postkonferenz. Nunmehr ist Deutschland berechtigt, die Frage zu erheben, wann die anderen abrüsten werden. Die hohen Kosten sind eine Folge der Bestimmungen des Versailler Vertrages. Zur Frage der Rekrutierung betonte der Redner, daß die in den letzten Jahren übliche Art künftig nicht mehr beibehalten werden könne. Wir wünschen, daß zwischen Volk und Wehrmacht ein Vertrauensverhältnis geschaffen wird.

Darauf wird die Beratung unterbrochen, um die Abstimmungen zum Haushalt für die besetzten Gebiete nachzuholen.

Dieser Haushalt wird unter Ablehnung zahlreicher kommunistischer Änderungsanträge in der Form angenommen, die ihm die Ausschußbeschlüsse gegeben haben.

Abgelehnt wird auch ein sozialdemokratischer Antrag, 70 Millionen für durch den Ruhrkampf geschädigte Arbeiter, Angestellte, Kleingewerbetreibende zu bewilligen.

In zweiter und dritter Lesung angenommen wird auch das Besatzungsleistungsgesetz.

Reichswehrminister Dr. Gehler:

Leider hat sich die Hoffnung, daß nach den Erfahrungen des Weltkrieges eine Abrüstung durchgeführt werden würde, nicht erfüllt. Der „Economist“ berichtet, daß England und Frankreich je 8½ Proz. ihres Nationaleinkommens für ihre Sicherheit als Versicherungsrämie ausgeben, Italien am meisten, nämlich 4 Proz., Deutschland dagegen nur 1½ Proz. England gibt für jeden seiner Berufssoldaten 4800 Mark im Jahre aus, Deutschland nur 4000 Mark. Die deutsche Regierung verfolgt mit Emt alle Abrüstungsbestrebungen. Sie glaubt, daß angesichts der technischen Entwicklung die Völker Europas diese Last nicht weiter tragen können. Wenn wir die Möglichkeiten des Vertrages von Versailles ausschöpfen wollen, nicht auf 80 oder 60 000 Mann zurückgehen wollen, können wir an dem Etat nichts streichen. Ein Mißhaer würde übrigens nicht billiger sein, weil es zur Ausbildung viel mehr geschultes Personal braucht. Allerdings können wir mit unserem System nicht auf die Dauer bestehen. Wir müssen fordern, daß das, was uns aufgezwungen ist, als Mutter für eine allgemeine Abrüstung gilt. Wir können aus unserer Wehr nur einen bescheidenen Grenzschutz machen, also entweder allgemeine Abrüstung oder wir müssen in die Lage versetzt werden, unseren Nachbarn gleichgerüstet entgegenzutreten. Wir können nicht auf die Gleichberechtigung im Kreise der Völker verzichten (lärmende Zurufe bei den Kommunisten). Auch Sie (zu den Kommunisten) haben nicht darauf verzichtet, denn Ausland fordert dieses ja auch. Die Kontrollkommissionen haben wir als höchste Demütigung empfunden. Ich wünsche übrigens, daß auch die Berichte der Kommission veröffentlicht würden. Dann könnten wir mit Beschämung sehen, wie diese Kommission aus allen Kreisen der deutschen Bevölkerung unterföhrt worden ist (Hört, hört!). Meist aus törichtester Schwachsicht. Sie würden erstaunt sein, wenn sie lesen könnten, mit welcher Verachtung die Entente-offiziere von uns geschrieen und gepöbten haben. Das Mißtrauen der Sozialdemokraten schmerzt nicht tief. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Aber ich halte ihr Urteil für ungerecht. In Weimar hat man nun einmal das Heer auf den alten Offizieren aufgebaut. Damit hatte ich zu rechnen, als ich Minister wurde. Ich habe niemals Zweifel an meiner Stellung zu den Wehrverbänden gefaßt. Niemand hat jedoch mehr zu tun, als in seinen Kräften liegt. Allerdings habe ich das Heer nicht auf republikanischen Ideologien

aufgebaut, sondern auf dem Ideal des Soldaten: Pflichterfüllung, Treue und Festhalten an seinem Eid. Länder und Gemeinden müssen uns bei der Unterbringung der Entlassenen mehr unterstützen. Legen Endes sind Volk und Reichswehr aufeinander angewiesen (lebhafter Beifall bei der Wehrheit).

Abg. Brüninghaus (Dt. Sp.) bedauert die maßlose Agitation gegen die Reichswehr. Sie sei von Herrn Löbe angefangt worden. Da muß man daran erinnern, daß ohne den General Marder die Regierung beim Kappstich nicht hätte nach Stuttgart kommen können. Wenn man die Ausgaben verringern würde, müßte man auch die Zahl der Reichswehr verringern. Unser polnischer Nachbar mit einer Armee von 270 000 Mann ist nicht zu unterschätzen. Das gegenwärtige Vorgehen Frankreichs ist genau das Gegenteil von Abrüstung.

Abg. Creusburg (R.): Nach dem neuen Fernemordprozeß sei die Schwarze Reichswehr und die Beteiligung des Reichswehrministeriums geschichtnotorisch. Aber während die vier Besten zum Tode verurteilt wurden, laufe der eigentlich Verantwortliche, der Wehrminister, frei herum. (Große Unruhe. Rufe: Auerhört!)

Abg. Freih. v. Rittshofen (D.) verlangt, daß die Reichswehr im republikanischen und nationalen Geiste erzoen werde und militärisch das Beste leiste. Dieses Ziel sei bisher nicht erreicht worden. Eine Verantwortung für Abstriche am Etat könne man eigentlich nicht übernehmen, denn von der Schärfe des Schwertes hänge die Sicherheit der Nation ab. Nicht das Volk müsse das Vertrauen der Reichswehr erwerben, sondern die Reichswehr das des Volkes. Wir beantragen, daß die Einstellung der 200 Offiziersaspiranten vom Wehrminister selbst vorgenommen werden soll. Die Kommandeure und Kompaniechefs könnten die Auswahl nicht objektiv vornehmen. Wenn wir auch unser kleines Heer schlagfertig halten müssen, so sind wir doch bei der heutigen Finanzlage zur größten Sparjamkeit gezwungen. Darum beantragen wir eine Herabsetzung des ganzen Etats um 10 Proz. Die Demokraten werden nicht für ein Mißtrauensvotum stimmen. Der Redner tritt ein für ein Mißhaer und für allgemeine Abrüstung. (Beifall bei den Demokraten.)

Darauf verlag sich das Haus auf Dienstag 1 Uhr: Notat Weiterberatung des Wehretats.

Der Ältestenrat des Reichstages beschäftigte sich am Montag mit der Geschäftsfrage des Reichstages. Die 2. Lesung des Haushalts des Reichswehrministeriums soll spätestens am Mittwoch zu Ende geführt werden. Vom Donnerstag ab werden Vor- und Nachmittagsitzungen stattfinden. Am Montag, den 4. April wird die 3. Lesung des Reichshaushalts ihren Anfang nehmen. Der Reichstag wird spätestens am Freitag, den 8. April in die Osterferien gehen, die bis zum 10. Mai dauern sollen. Die Pfingstferien sollen vom 22. Mai bis 18. Juni dauern und alsdann wird der Reichstag Ende Juni in die Ferien gehen.

Kurze Nachrichten

Ministerialdirektor Fosse ist in Berlin eingetroffen, um dem Kabinett über den Stand der deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen Bericht zu erstatten.

Ein Landesvertragsprozeß gegen einen Reichsbannerführer. Nach Blättermeldungen aus Magdeburg ist von der Oberreichsanwaltschaft gegen den zweiten Bundesvorsitzenden des Reichsbanners, Höltermann, ein Verfahren wegen Landesverrat eingeleitet worden. Höltermann hatte einige Rundschreiben über Kleinalliederschießen in Ostpreußen in der Reichsbannerzeitung veröffentlicht.

Das Weineidsverfahren gegen Hitler eingestellt. Wie dem „Berl. Lokalan.“ aus Nürnberg gemeldet wird, ist das Weineidsverfahren gegen Adolf Hitler, das auf Grund seiner Zeugenaussagen im Weideidungsprozeß, des Nürnberger Oberbürgermeisters Dr. Luppe gegen den dortigen nationalsozialistischen Führer Streicher eingeleitet wurde, eingestellt worden.

Ein tschechisches Einreiseverbot für den Abg. Mittelmann. Dem Reichstagsabgeordneten Dr. Mittelmann, der auf Einladung von sudetendeutscher Seite am 1. April in Karlsbad eine Bismardrede halten wollte, ist das tschechische Einreiseverbot verweigert worden.

Liberaler Sieg bei einer Nachwahl in London. Bei der Nachwahl in North Southwark, einem Arbeiterviertel in London erhielt der Liberale Strauß 7384, der Arbeiterparteiiler Jhaacs 6167 u. der Unabhängige Sadenguest 3215 Stimmen. Die Nachwahl war notwendig geworden, weil das frühere Mitglied der Arbeiterpartei Sadenguest, aus der Partei ausgeschieden war wegen deren Bekämpfung der Regierungspolitik in China.

Abrüstung der Zweiten Internationale. Angesichts der Verschlechterung der Lage im Südoften von Europa werden, so berichtet der sozialistische Pariser „Populaire“, die Leiter der sozialistischen Zweiten Internationale am 3. April in Paris zusammenzutreten. Der Exekutivausschuß der Sozialistischen Internationale habe für seine Beratungen zwei Tage vorgesehen.

Eine Expedition gegen chinesische Piraten. „Chicago Tribune“ meldet aus Shanghai: Die britischen Marinebehörden haben eine zweite Strafexpedition ausführen lassen, durch die der Schlußpunkt der chinesischen Piraten in der Bismarcksee unweit Hongkong so gut wie zerstört wurde. Mehr als 50 chinesische Dschunken wurden versenkt und 150 Häuser zerstört. In der Expedition beteiligten sich 4 Schiffe, 300 Mann und mehrere Flugzeuge. Zuvor hatten die britischen Behörden die Einwohner aufgefordert, den Platz zu räumen.

Verschiedenes

Die Rebellhornbahn im Allgäu

Der Bau der Bahn auf das Rebellhorn, den schönsten, 2400 Meter hohen Aussichtsberg der Allgäuer Alpen, ist durch die von Obersthorst allein aufgebrauchte erforderliche Garantiesumme von 200 000 M. gesichert. In den nächsten Tagen wird die Konzessionsaufgabe des bayerischen Handelsministeriums eintreffen. Die Grundabtragsfrage ist so gut wie geregelt. An der Vergastation soll ein modernes Hotel mit einem Kostenaufwand von 200 000 M. erbaut werden.

Grubenkatastrophe in Japan

In Japan kamen bei einem Grubenbrand 136 Bergarbeiter ums Leben. 60 Leichen konnten bisher geborgen werden.

Weiternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Von Westen kommt eine neue Bärmewelle, deren Aufgleitregen heute morgen als breites Regengebiet von Schottland bis zu den Pyrenäen reicht. Die Annäherung der Welle wird auch uns morgen aufriffende Winde und Regenfälle bei leichter Erwärkung bringen. Voraussichtliche Witterung vom 30. März: aufriffende Winde, wolfig, mit Regenfällen, etwas wärmer.

Badischer Teil

Badische Wasserwirtschaft

über den Inhalt und Aufbau der Karlsruher Ausstellung

Sprach anlässlich des Besuchs des Landtags nach der mitgeteilten Rede des Finanzministers Dr. Schmitt, Oberbaurat Altmaier von der Badischen Wasser- und Straßenbaudirektion: Das Land Baden sei neben Bayern dasjenige deutsche Land, das wohl die schönsten und bedeutendsten wasserwirtschaftlichen Aufgaben habe. Das ergebe sich aus der geographischen Lage des Landes, das im Süden und Westen vom Rheinstrom umflossen sei, im Norden an Neckar und Main anstöße und im Innern das ganze Heer der Schwarzwaldflüsse besitze. Aus dem großen Kreis der wasserwirtschaftlichen Aufgaben habe man diejenigen ausgewählt und in der Ausstellung dargestellt, welche gerade in der heutigen Zeit besonders wichtig und aktuell seien, nämlich die Wasserstraßen und Wasserkraft, ferner als Einleitung hierzu die Gewässerkunde als wissenschaftliche Grundlage und als Schlüssel der Wasserwirtschaftslehre, die Darstellung des Standes der Elektrizitätsversorgung des Landes.

Bei dem sich anschließenden Rundgang nahm Oberbaurat Altmaier Veranlassung auf manche interessante Einzelheiten der Ausstellung hinzuweisen. In der Abteilung Gewässerkunde zeigte die Gegenüberstellung eines vor 100 Jahren benötigten Wasserwerkzeuges mit den heute benötigten Instrumenten ein Stück Entwicklungsgeschichte; das alte Instrument konnte man noch bequem in die Tasche stecken, die modernen Instrumente benötigen zum Transport einen Lastkraftwagen. Die Abteilung „Ausbau des Rheines Basel-Bodensee“ gibt ein gutes Bild von den riesigen Kraftmengen, die am Oberrhein z. T. schon ausgenutzt sind; nach völligem Ausbau des Oberrheins stehen jährlich etwa 3,5 bis 4 Milliarden Kilowattstunden zur Verfügung. Das z. B. in 4 Riesenturbinen eine Wassermenge von 1200 cbm/sec aus und erzeugt im Jahr 640 Millionen Kilowattstunden bei einem Ausbau auf 130 000 PS. Vergleicht man damit das bedeutendste bayerische Großkraftwerk, das Radletwerk an der Donau, so nützt dasselbe nur 700 cbm/sec Wasser aus, erzeugt 250 Millionen Kilowattstunden bei einem Ausbau auf 65 000 PS. Ferner zeigt diese Abteilung die Verbindung von Kraftnutzung und Schifffahrt auf dem Oberrhein. Die Wasserstraße Basel-Bodensee ist für Röhre von 1200 bis 1500 Tonnen Tragfähigkeit berechnet und nahezu das ganze Jahr hindurch befahrbar. Beide Wasserungen, Kraft und Schifffahrt, sollen sich gegenseitig unterstützen und dazu dienen, eine dezentralisierte, nach sozialen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten geleitete Industrialisierung der Oberbeimenge zu ermöglichen. Ein anschauliches Relief der Kraftstufe Dogern-Abbruch zeigt die Anordnung der baulichen Anlagen für die Schifffahrt und die Kraftnutzung in einem besonders schwierigen Gelände. Die bestehende Schifffahrt auf dem Rhein ist durch ein großes, besonders gut durchgearbeitetes Modell der Hafenanlagen in Kehl sowie durch Bilder und Pläne der Hafenanlagen Mannheim vertreten. Beim Wasserstraßenbau zeigt eine interessante Gegenüberstellung des Standes der Elektrizitätsversorgung des Landes aus den Jahren 1918, 1919 und 1926, daß die Versorgung des Landes nahezu restlos durchgeführt ist.

Baurat Penninger vom Bodensee gab hierauf einen Überblick über den Entwurf des Schluchseewerks und über den Stand der Entschärfungsfrage. Von dem dreistufigen Gesamtausbau zwischen Schluchsee und Rhein bei Waldshut ist zunächst nur ein erster Teilausbau zur Ausführung bestimmt. Dieser umfaßt die Oberstufe mit 201 m und das Ausgleichswehr Eichholz mit 128 m mittlerer Nutzhöhe. Das Gesamtgefälle des ersten Teilausbau beträgt somit 55 Proz. des Höhenunterschiedes zwischen Schluchsee und Rhein.

Der Schluchsee wird 108 Mill. cbm Fassungsvermögen haben. Zur Ausstattung um 80 m ist eine Sperrmauer von nur 65 000 cbm Mauerinhalt erforderlich. Für Speicherwehre ähnlicher Größe müßte anderorts das drei- bis fünffache dieser Mauermassen aufgewendet werden. Ein besonders bemerkenswertes Bauwerk ist das Krafthaus Gausern, in dem einschließlich Reserve 4 Maschinen-

sätze mit insgesamt 96 000 KW Leistung zur Aufstellung gelangen. Pumpen mit je 6 cbm/sec Förderleistung dienen der Speicherung von Wasser aus dem Ausgleichswehr in den Schluchsee. Diese Abmessungen stellen einen Weltrekord dar. Im Wert Eichholz ist zunächst die Aufstellung von 18 000 KW Maschinenleistung vorgesehen. Der erste Teilausbau des Schluchseewerks erreicht eine Gesamterzeugungsfähigkeit von 170 Mill. KWst. Das Wert soll hauptsächlich im Winter als Ergänzung zu den Rheinkraftwerken dienen und außerdem als Spitzenkraftwerk. Anschauliche Tafeln gaben einen Überblick über den verschiedenartigen Kraftanfall bei Rheinkraftwerken und bei Schwarzwaldkraftwerken gegenüber dem Bedarf in eine Landesnetz und über die Vorteile einer Zusammenfassung beiderlei Kraftquellen. Die Entwicklung der badischen Wasserkraft erfordert daher, daß nicht einseitig Rhein- oder Schwarzwaldkraftwerke bevorzugt, sondern daß beide Kraftquellen gefördert werden, und daß bei den Schwarzwaldwerken die Speicherkraftanlagen den Vorzug erhalten.

Der Redner gab noch einen Überblick über den Stand der Entschärfungsfrage zu der auch die Titiseeregulierung gehört.

Schließlich erwähnte der Redner noch, daß die Gemeinde Schluchsee ihre Einsprache gegen die Erstellung des Schluchseewerks zurückgezogen habe, und daß die Grunderwerbsverhandlungen bereits schon weit vorgeschritten sind.

Da Württemberg, Bayern und Sachsen, selbst die Großdampfkraftwerke in den Rheinlanden, im Erkenntnis des Wertes der Speicherkraft unter vielen Opfern, teilweise sogar im Ausland sich Speicherkraftwerke sichern, so muß auch in Baden als vornehmlichste Aufgabe bei der Förderung des Ausbaus der Wasserkraft die Erstellung des Schluchseewerks gelten.

Am Schluß der Besichtigung sprach der stellvertretende Präsident des Landtags, Abg. Maier-Heidelberg, seinen Dank und Anerkennung aus für die großzügige Darstellung und Durchführung der Ausstellung aus; er hoffe, daß die praktische Durchführung der großen wasserwirtschaftlichen Aufgaben des Landes ein großes Geschlecht finden werde.

Badischer Landtag

Staatsmittel für Rentnerheim

Dem Landtag ist ein Antrag der demokratischen Fraktion zugegangen, wonach aus Mitteln der Gebäudebesondersteuer usw. an verbandsfreie Städte, Bezirkswohnungsverbände, Rentnerverbände und andere Wohlfahrtsorganisationen Zuschüsse zur Erstellung von Rentnerheimen zu gewährt sind. Daburch soll die Erstellung von Heimen für wirtschaftlich Schwache ermöglicht werden. In diesen Heimen sollen solche Personen Aufnahme finden, die in der Lage und bereit sind, Wohnungen freizumachen.

Tagung der ständigen Tariffkommission in Freiburg

Unter dem Vorsitz des Präsidenten der Reichsbahn, Dr. Stapp, fand in den Tagen vom 22. bis 25. März in Freiburg die Tagung der ständigen Tariffkommission statt. Beteiligt waren zehn Reichsbahndirektionen, zwei Privatbahndirektionen, ferner fünf Vertreter der Industrie, sechs der Landwirtschaft, fünf des Handels und zwei der Innenschiedsrichter. Die Sitzungen, die sich bis zum 25. mittags hinzogen, fanden im Trausaal des Rathauses statt. Gegenstand der Verhandlungen war die Tarifierung von Güter- und Personenverkehr. Der Präsident der badischen Reichsbahn, Freiherr von Elz-Rübenach, wohnte als Vertreter Badens den Sitzungen bei. Die nächste Tagung wird vom 29. bis 30. Juni in Interlaken stattfinden.

Wachsende Sparanlagen in Baden

Nach der Zunahme der Auszahlungen und dem Rückgang der Neueinzahlungen im Dezember 1926 hat der Monat Januar 1927 in Baden einen Überschuß der Neueinzahlungen über die Auszahlungen bei den öffentlichen Sparkassen von rund 10,6 Millionen Mark erbracht. Der Bestand an Sparanlagen erreichte damit am 31. Januar die Höhe von 157,6 Millionen (31. Januar 1926: 83,1 Millionen). Die Einlagen auf Kontokorrent-, Giro- und Spardbuchkonten gingen im Januar von 84,2 auf 82,8 Millionen Mark zurück.

Gemischte Betriebsform für die Rendthalbahn

Auf der Schwarzwald Zweigstrecke Appenweier-Oppenheim-Bad Peterstal, die bis Peterstal im letzten Herbst eröffnet wurde, bringt der neue Fahrplan als Besonderheit die Einführung der gemischten Betriebsform, und zwar werden auf der Strecke Oppenheim-Bad Peterstal die Dampfszüge in zwei Abenteuern durch den Kraftwagen ersetzt werden. Die Kraftwagen verkehren an den verkehrsärmeren Werten abends um 7 Uhr talauf und anschließend talab. Vom 1. April bis Ende September werden diese Kraftwagenfahrten durch Dampfszüge an Sonntagen ersetzt, um den höheren Anforderungen zu genügen. Im übrigen bringt der neue Fahrplan für das Rendthal mit den Kniebisbahnen eine Verbesserung durch die Führung zweier Abendzüge in beiden Richtungen in täglichem Lauf, die bisher nur Sonntags im Sommer gefahren wurden.

Handelskammervahlen

Bei der letzten Donnerstag stattgefundenen Wahl zur Handelskammer Karlsruhe war die Beteiligung, gemessen an der Beteiligung bei früheren Wahlen, sehr gering. Es waren von einer Amtsbauer von 6 Jahren zu wählen: 9 Vertreter der Industrie, 4 Vertreter des Großhandels, 2 Vertreter der Banken, 4 Vertreter des Einzelhandels und je 1 Vertreter der Schifffahrt und des Hotelgewerbes.

Als Ergebnis sei mitgeteilt, daß folgende Herren gewählt wurden. 1. als Vertreter der Industrie: Fabrikant Ernst Beutenmüller, Bretten, Fabrikdirektor Wilhelm Mühl, Karlsruhe, Generaldirektor Dr. Gustav Döderlein, Karlsruhe, Fabrikant, Konful Arthur Fuchs, Karlsruhe, Geschäftsführer Oskar Huber, Karlsruhe, Fabrikdirektor Theodor Kopf, Rastatt, Fabrikdirektor August Schaber, Durlach, Fabrikdirektor Rudolf Sinner, Karlsruhe, Fabrikant Oskar Petter, Doss; 2. als Vertreter des Großhandels: Kaufmann Samuel Adler, Karlsruhe, Kaufmann Ludwig Jaffe, Mühl, Kaufmann Max Strauß, Bruchsal, Kaufmann Karl Trautwein, Bruchsal; 3. als Vertreter der Banken: Bankdirektor Konful Robert Nicolai, Karlsruhe, Bankier Prof. Dr. Nathan Stein, Karlsruhe; 4. als Vertreter des Einzelhandels: Kaufmann Adolf Billmann, Baden-Baden, Kaufmann Otto Freundlieb, Karlsruhe, Kaufmann Gustav Rheinboldt, Rastatt, Kaufmann Fritz Wadner, Ettlingen; 5. als Vertreter der Schifffahrt und des Hotelgewerbes: Schifffahrtsdirektor, Stadtrat und General-Konful Billy Menzinger, Karlsruhe, Hotelbesitzer Kurt Brenner, Baden-Baden.

In Forstheim beteiligten sich bei den Handelskammervahlen von 1900 Wahlberechtigten nur 143. Der bisherige Vorsitzende, Kommerzienrat Dr. Emil Kollmar, hat eine Wiederwahl abgelehnt. Kommerzienrat Kollmar war 1903 in die Handelskammer eingetretten und begleitete seit November 1916, also rund 10 Jahre lang, das Amt des Vorsitzenden der Kammer.

Gemeinde-Rundschaue

Bürgermeisterwahlen. Bei der Bürgermeisterwahl in Biengen (Amt Staufen) wurde Gemeinderat Gustav Meite mit 150 Stimmen zum Ortsoberrhaupt gewählt. Die in Biengen abgehaltene Wahl des Bürgermeisters ist ergebnislos verlaufen. Von 1027 Wahlberechtigten stimmten 859 ab, und zwar entfielen auf den Holzhandler E. J. Vogt 849 Stimmen, Bezirksassistentenverwalter Joseph Koch, Donaueschingen 289 Stimmen und auf den Wechmermeister E. Rogg 196 Stimmen.

Millionenkredit für Bauzwecke in Freiburg i. Br. Zur Förderung des Wohnungsbaues im Rechnungsjahr 1927 bewilligte der Stadtrat Freiburg einen Gesamtkredit von 4,2 Millionen. Hiervon sollen 1,85 Millionen für die Erstellung von 164 Kleinwohnungen an der Emmendingerstraße, verlängerten Eichholzstraße und Sautierstraße verwendet werden. 580 000 M. sollen der Gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft für Wohnungsbauten in der Temenbacherstraße, in der Fichtelstraße und am Englerplatz zur Verfügung gestellt werden, 1 780 000 M. anderen Bauvereinigungen. Von dem Gesamtkredit sollen 2,1 Millionen durch Kapitalaufnahme unter Zuanpruchnahme des freien Geldmarktes gedeckt werden, 987 000 M. durch Kommunalanleihen vom badischen Land. Der Rest mit 1 113 000 M. wird aus dem Gebäudebesondersteuerertrag gedeckt werden.



ANREGUNG GIBT DIE MONATSSCHRIFT
NEUE FRAUENKLEIDUNG UND FRAUENKULTUR
VERLAG G. BRAUN KARLSRUHE

Das neue Aprilheft enthält:
Gedanken zur Beethovenfeier (Dr. H. Rohr, München)
Frank Thiess (Hanns Ahrens)
Von der Individualpsychologie Alfred Adlers
Schaufensterkunst
Die Pflege der Kleidung und andere Aufsätze
sowie viele vorzügliche photographische Aufnahmen

Das einstimmige Urteil der Presse:
„Bild und Wort ergänzen sich aufs Beste. Der Inhalt ist jedesmal außerordentlich reich. Jede gebildete Dame müßte diese Zeitschrift lesen.“

„Halpaus Mocca“

ist die besonders gute daher besonders preiswerte 5-Pfg.-Cigarette!

Sie fragen: Warum?

Es liegt am Tabak!

Seit 30 Jahren arbeiten wir an der Vollkommenheit unseres Tabakeinkaufs. Nur zu Ihrem Vorteil! Wir kaufen heute günstiger ein als andere, darum sind unsere Cigaretten auch besser und preiswerter.

Halpaus Mocca
Die besonders gute, daher besonders preiswerte Cigarette.



ARNAUD

